

Bundesausschuss Obst und Gemüse Mitteilungen



bog

Nr. 07/08/2015
Juli/August 2015

<u>Inhalt:</u>	Seite
Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel	1
Greenpeace kann`s nicht lassen	2
Verbändeinitiative für forcierten Ausbau schnellen Internets	3
Eine starke Landwirtschaft braucht vielfältige Strukturen, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit	4
DRV-Präsident Nüssel für Freihandelsabkommen der EU mit den USA	7
DBV begrüßt Beibehaltung der Hofabgaberegulung	7
Gartenbautag 2015 vom 3. bis 5. September	8

Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel

Die Bundesregierung hat einen Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung zum Klimawandel vorgelegt. Der Monitoringbericht 2015 ist im Internet unter der Adresse http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/monitoringbericht_2015_zur_deutschen_anpassungsstrategie_an_den_klimawandel.pdf abzurufen, darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Der Monitoringbericht geht auf über 200 Seiten auf die Anpassungsstrategien in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ein. Im Kapitel Landwirtschaft werden auf 20 Seiten die Herausforderungen skizziert. Festgestellt wird, dass sich die Witterungsabläufe im Zeitablauf weiter ändern werden. Für das Frühjahr werden steigende Temperaturen erwartet, die Sommer sollen trockener und heißer, die Winter wärmer und feuchter werden. Insgesamt kommt der Monitoringbericht zu dem Ergebnis, dass im Vergleich zu den 1970er Jahren heute der Blühbeginn in etwa 20 Tage früher ist, was natürlich zu neuen Herausforderungen zum Beispiel im Obstbau durch ein höheres Frostrisiko in der Blüte führen kann.

Größere Herausforderungen werden aber, so der Bericht weiter, die zunehmenden Wetter- und Witterungsschwankungen zwischen den Jahren sein. Witterungsextreme wie lange Trockenperioden können zu unvorhersehbaren Ertragseinbrüchen führen. Hierzu ist festzustellen, so der Bundesausschuss Obst und Gemüse, dass gerade das Jahr 2015 im Mai in bestimmten Regionen bereits zu extremer Trockenheit geführt hat. Die Daten des Deutschen Wetterdienstes belegen dies mit den Niederschlagsmengen nach Bundesländern ganz eindeutig.

Gerade durch die extremen Wetterereignisse werden in Zukunft die Ertragsausfälle größer werden. In dem Bericht wird ausgeführt, dass in Folge von Wetterextremen in der deutschen Pflanzenproduktion in den letzten 15 Jahren durchschnittliche jährliche Ertragsausfälle von ca. 470 Millionen Euro entstanden sind. Mehr als die Hälfte der Schäden waren durch Trockenheit und Dürre verursacht, rund ein Fünftel durch Hagel und ein Sechstel durch Sturm, Starkregen und Überschwemmungen.

Ebenso könnte sich durch die Veränderung der Witterungsbedingungen der Schädlingsdruck verändern. Warme Witterung und die Verlängerung der Vegetationsperiode bieten einigen Schaderregern günstigere Ausbreitungsbedingungen und ermöglichen, dass sich darüber hinaus auch mehrere Generationen im Jahr ausbilden können. Die tierischen Schädlinge werden aufgrund der sich ändernden Witterungsbedingungen tendenziell zunehmen, während hingegen Pilzkrankheiten voraussichtlich abnehmen könnten. Ob sich aber auch durch den Klimawandel Perspektiven für neue Kulturpflanzenarten ergeben bleibt noch zu untersu-

chen. Zwar könnte sich der Anbau wärmeliebender Kulturpflanzen in Deutschland ausweiten, aber hierzu bedarf es noch längerer Zeitreihen, da die Anbauentscheidungen hierzu noch mehr Sicherheit bedürfen.

Herausgestellt wird auch, dass es wohl klar ist, dass Schadorganismen sehr empfindlich und spontan auf veränderte Witterungsverhältnisse reagieren können. Das wird in Zukunft von den Landwirten, so der Bericht, rasche und flexible Reaktionen auf auftretende Pflanzenschutzprobleme abverlangen. Die deutschen Obst- und Gemüsebauern sehen sich dieser Herausforderung zwar gewachsen, aber wenn die im Bericht geäußerten flexiblen Reaktionen nicht ins Leere laufen sollen, dann verlangt dies auch eine „spontane“ Pflanzenschutzmittelzulassung, so der Bundesausschuss Obst und Gemüse. Derzeit ist die Zulassungspraxis aber von diesem Optimum sehr weit entfernt. Bleibt nur zu hoffen, dass der Herausgeber der Studie – das Umweltbundesamt – sich diesem Erfordernis einer flexibleren Zulassung von Pflanzenschutzmitteln aufgrund des flexibleren Auftretens von Schadorganismen dann auch in Wirklichkeit stellt.

Greenpeace kann's nicht lassen

Greenpeace hat im Juni 2015 wieder einmal zugeschlagen. Wiedermal stehen die Pestizide im Apfelanbau am Pranger. Diesmal aber nicht am Produkt, sondern im Boden und im Wasser. Greenpeace kann's nicht lassen und dies wird auch nicht durch ständige Wiederholungen besser. Wenn Greenpeace meint, Nachweise von Pflanzenschutzmittelrückständen egal ob im Produkt, Boden oder Wasser nah an der Nachweisgrenze zu dramatisieren, dann ist dies nicht in Ordnung. Greenpeace spielt mit einem hohen Gut: dem Vertrauen der Verbraucher. Wenn Greenpeace aber ständig mit dramatischen Aussagen dem Verbraucher ein gesundheitliches Risiko suggeriert, wo wissenschaftlich nichts aber auch gar nichts haltbares dahinter steht, dann ist das schlicht und ergreifend Verbraucherverunsicherung. Eine objektive Betrachtung stünde Greenpeace gut. Das scheint aber der Umweltorganisation nicht ins Konzept zu passen, denn dann würden voraussichtlich die Spendengelder nicht mehr so sprudeln wie bei skandalisierten Nachrichten. Dass damit auf der anderen Seite aber auch wiederum ein Berufsstand zu Unrecht skandalisiert wird, interessiert Greenpeace gar nicht. Greenpeace macht sein Geschäft auf Kosten anderer.

Wie lange mag das noch gut gehen? Denn: „Lügen haben bekanntlich kurze Beine“. Und das scheint sich mittlerweile auch in der Presse- und Medienwelt rumzusprechen, denn die Kommentare in den Medien zu diesem neuerlichen Greenpeace-Report sprechen dies aus. Da heißt es dann: „Greenpeace dramatisiert wieder“ oder „... viel Drama um fast nichts“.

Dies könnte so fortgeführt werden und auch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit stellt fest, dass die gemessenen Werte weit unterhalb von schädlichen Konzentrationen festgestellt wurden und „nachhaltige Auswirkungen“ auf Bodenorganismen nicht zu erwarten sind. Und speziell zu den DDT-Funden erklärt das Umweltbundesamt, dass es sich dabei um Altlasten handelt. Denn DDT reichert sich über Jahrzehnte in Böden und in Geweben von Menschen und Tieren an. Und das UBA weiter wörtlich gegenüber Spiegel online „Das DDT heute noch im Boden zu finden ist, zeigt warum es nicht mehr eingesetzt werden darf“. Die Anwendung von DDT wurde in Deutschland 1972 verboten.

Bleibt nur zu hoffen, dass das Medienecho was Greenpeace sich jetzt mit dieser neuen Studie einfangen hat, auch in Zukunft so bleiben wird und das letztendlich Greenpeace dazu zwingen wird, zu einer sachlichen Diskussion bei Pflanzenschutzmittelrückständen zu kommen und endlich davon ablässt, die Verbraucher zu verunsichern und Erzeuger von gesunden Nahrungsmitteln zu verunglimpfen.

Verbändeinitiative für forcierten Ausbau schnellen Internets

Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und der Kommunen haben einen erneuten Vorstoß zur raschen flächendeckenden Versorgung der ländlichen Regionen mit schnellem Internet unternommen. In einem gemeinsamen Schreiben an das Bundesverkehrsministerium unterbreiten der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), der Deutsche Landkreistag (DLT) und der Deutsche Bauernverband (DBV) eine Reihe von Vorschlägen, die „einen leistungsfähigen Breitbandausbau zum Ziel haben, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland gesichert wird“.

Ausdrücklich begrüßt wird die Bereitschaft des Bundes, sich mit einem substanziellen finanziellen Beitrag an der flächendeckenden Breitbandversorgung zu beteiligen. Allerdings wird das Ziel der Breitbandstrategie des Bundes hinterfragt, bis 2018 nur eine flächendeckende Versorgung mit 50 Mbit/s erreichen zu wollen. Angesichts der starken dynamischen Entwicklung der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft reiche dieser Versorgungsgrad für das Land mittelfristig bei weitem nicht aus. Wirklich zukunftsicher und nachhaltig, heißt es in dem Verbändeschreiben, seien nur Investitionen in möglichst flächendeckende Glasfaserinfrastrukturen. Die Förderung des Ausbaus des flächendeckenden Breitbandnetzes dürfe sich daher nicht nur an kurzfristigen Zwischenlösungen zur schnellen Schließung von Versorgungslücken orientieren. Insbesondere für ländliche Regionen seien zukunftsfähige Breit-

bandinfrastrukturen von entscheidender Bedeutung, um sie auch im demographischen Wandel als attraktive Wirtschafts- und Lebensräume zu erhalten.

Die Verbände schlagen „regionale Masterpläne“ für Regionen vor, in denen ein sofortiger Glasfaserausbau noch nicht in Betracht kommt. Diese auf Glasfaser setzenden Masterpläne müssten in der Förderung berücksichtigt werden. Durch die Landkreise könnten sie unter Einbindung privater und gewerblicher Nutzerkreise erstellt werden.

Eine starke Landwirtschaft braucht vielfältige Strukturen, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Der Deutsche Bauerntag 2015 fand in diesem Jahr vom 23. bis 25. Juni 2015 in Erfurt statt. Die Delegierten des Deutschen Bauerntages 2015 haben die „Erfurter Erklärung“ verabschiedet. Die Erklärung, die in eingehenden Diskussionen mit den Delegierten erarbeitet worden ist, definiert das Selbstverständnis einer nachhaltigen, bäuerlich-unternehmerischen Landwirtschaft. Das im Jahre 2011 vom Bauerntag in Koblenz beschlossene Leitbild wird damit konkretisiert und für einzelne Politikfelder umgesetzt.

Die Delegierten sehen die Land-, Forst- und Agrarwirtschaft gemeinsam mit den vor- und nachgelagerten Bereichen als Schlüsselbranche der deutschen Volkswirtschaft mit zentraler Bedeutung für den ländlichen Raum. „Wir wollen, dass Deutschland eine starke Land- und Forstwirtschaft mit vielfältigen Strukturen behält, die von bäuerlichen Unternehmern getragen wird. Die Stärke der bäuerlichen Familien und ihrer Unternehmen liegt in der Ausrichtung auf Märkten, Verbrauchern sowie Nachhaltigkeit gleichermaßen in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht“, so die Erklärung. Eigenverantwortung, Umsetzbarkeit und Verlässlichkeit müssten Grundsätze der Politik sein, damit die Bauernfamilien ihre Betriebe erfolgreich in die Zukunft führen können.

Die Erfurter Erklärung geht auf mehrere Politikbereiche ein. Für die Umweltpolitik setzt der Berufsstand auf den Vorrang des kooperativen Umwelt- und Naturschutzes und den großen Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz. Notwendig sei ein Düngerecht, das den Gewässerschutz angemessen berücksichtige, aber nicht die gute fachliche Praxis und eine bedarfsgerechte Düngung in Frage stelle. Im Sinne eines praktikableren Naturschutzes werden auch Möglichkeiten zum Erhalt des sachgerechten Pflanzenschutzes, konsequente Schritte gegen den anhaltenden Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen und ein „Fitness-Check“ für das Natura 2000-Regime gefordert.

Die Nutztierhaltung in Deutschland ist ein weiterer Schwerpunkt der Erklärung, die ein klares Bekenntnis zur Weiterentwicklung gemeinsam mit den Verbrauchern und dem Lebensmittel Einzelhandel enthält. Wenn die Tierhaltung mit hohen Standards erhalten und vorangebracht werden soll, müssen auch neue Ställe gebaut werden dürfen. Auch die weitere Verbesserung der Tiergesundheit und die Reduktion des Einsatzes von Antibiotika stehen auf dem Programm.

Qualifizierter Berufsnachwuchs ist der Schlüssel zur Zukunftssicherung. Die Förderung von Junglandwirten und Nachwuchswerbung wird der Berufsstand verstärken und fordert die Politik auf, unterstützende Rahmenbedingungen sicherzustellen. Im Hinblick auf internationale Handelsabkommen besteht die Erklärung auf dem Grundsatz, dass die hohen deutschen und europäischen Standards in der Lebensmittelsicherheit sowie im Umwelt- und Tierschutz nicht durch Importe unterlaufen werden dürfen. Auch der derzeitige hohe Preisdruck, unter dem die Betriebe stehen, wird angesprochen. Die Kriseninstrumente der gemeinsamen Marktorganisation müssten konsequent genutzt, die Position der Erzeuger in der Lebensmittelkette gestärkt, eine Exportoffensive auf den Weg gebracht und eine steuerliche Risikoausgleichsrücklage geschaffen werden. Eine umgehende Entbürokratisierung und Vereinfachung der GAP-Reform und eine praxismgerechte Ausgestaltung des Mindestlohns sind ebenso geboten, um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die Betriebe zu stärken.

Die Kurzfassung der Erfurter Erklärung zum Deutschen Bauerntag 2015 lautet wie folgt:

Die Land-, Forst- und Agrarwirtschaft zählt gemeinsam mit den vor- und nachgelagerten Bereichen zu den Schlüsselbranchen der deutschen Volkswirtschaft und hat eine zentrale Bedeutung für Ressourcen. Wir wollen, dass Deutschland eine starke Land- und Forstwirtschaft mit vielfältigen Strukturen behält, die von bäuerlichen Unternehmern getragen wird. Die Stärke der bäuerlichen Familien und ihrer Unternehmen liegt in der Ausrichtung auf Märkte, Verbraucher sowie Nachhaltigkeit gleichermaßen in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht. Damit die Bauernfamilien ihre Betriebe erfolgreich in die Zukunft führen können, müssen Verantwortung, Schutz bäuerlichen Eigentums, Umsetzbarkeit und Verlässlichkeit Grundsätze der Politik sein. Der Deutsche Bauernverband fordert daher, diesen Grundsätzen auf allen Politikfeldern Rechnung zu tragen.

In der Umweltpolitik muss kooperativer Umwelt- und Naturschutz Vorrang haben. Die Landwirtschaft leistet einen großen Beitrag zum Klimaschutz und hat als Lebensmittelerzeuger eine Sonderrolle, die in der Klimapolitik anerkannt werden muss. Das Düngerecht muss den Gewässerschutz angemessen berücksichtigen, darf aber nicht die gute fachliche Praxis und eine bedarfsgerechte Düngung in Frage stellen. Ein sachgerechter Pflanzenschutz muss

möglich bleiben. Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln muss praxisgerecht und wissenschaftlich gestaltet werden. Der anhaltende Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen ist unverändert eine der größten Herausforderungen, die Bund und Länder endlich konsequent angehen müssen. Das Natura 2000-Regime muss beim „Fitness-Check“ auf den Prüfstand gestellt und überarbeitet werden.

Gesellschaftliche Vorstellungen zur Nutztierhaltung nehmen wir ernst und wollen diese im Dialog mit den Verbrauchern und dem Lebensmitteleinzelhandel weiterentwickeln. Mit der Initiative Tierwohl haben wir gemeinsam mit den Partnern in der Wertschöpfungskette Pionierarbeit geleistet. Die Politik ist gefordert, diesen Weg der Wirtschaft zu begleiten. Starre Bestandsobergrenzen oder eine Blockade jeglicher Entwicklung der Tierhaltung sind abzulehnen. Wenn die Tierhaltung mit hohen Standards erhalten und voran-gebracht werden soll, müssen auch neue Ställe gebaut werden dürfen. Wir wollen die Tiergesundheit weiter verbessern und Antibiotikaresistenzen weiter eindämmen. Dennoch muss ein verantwortungsvoller Einsatz von Antibiotika weiterhin möglich sein.

Berufsnachwuchs ist der Schlüssel zur Zukunftssicherung. Damit junge Landwirte den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, sind unterstützende Rahmenbedingungen notwendig, darunter eine weiterentwickelte Hofabgabeklausel, eine erbschaftsteuerliche Begünstigung und der Ausbau der Junglandwirteförderung. Die Nachwuchswerbung werden wir intensivieren. Für einen fairen Wettbewerb ist es notwendig, dass die hohen deutschen und europäischen Standards in der Lebensmittelsicherheit sowie im Umwelt- und Tierschutz auch für Importe gelten. Dieser Grundsatz muss bei Verhandlungen über internationale Handelsabkommen strikt beachtet werden.

Unverändert stehen die Betriebe unter hohem Preisdruck. Deshalb müssen die Kriseninstrumente der gemeinsamen Marktorganisation konsequent genutzt, die Position der Erzeuger in der Lebensmittelkette gestärkt, eine Exportoffensive auf den Weg gebracht und eine steuerliche Risikoausgleichsrücklage geschaffen werden. Eine umgehende Entbürokratisierung und Vereinfachung der GAP-Reform sowie eine praxisgerechte Ausgestaltung des Mindestlohns sind ebenso geboten, um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die Betriebe zu stärken.

Die vollständige Erklärung im Wortlaut der Langfassung der Erfurter Erklärung ist unter www.bauernverband.de/erfurtererklaerung abrufbar.

DRV-Präsident Nüssel für Freihandelsabkommen der EU mit den USA

Vielfach wird kritisiert, dass Globalisierung und internationaler Agrarhandel kein Weg für die deutsche Land- und Agrarwirtschaft sind. Diese pauschale Behauptung weist Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, entschieden zurück. Bei der Mitgliederversammlung des Deutschen Raiffeisenverbandes im Juni in Berlin zeigte Nüssel auf, dass der Weltagrarhandel mit großen Raten wächst. Hochwertige Nahrungsmittel machen inzwischen drei Viertel der deutschen Ausfuhren aus. Rund 40 Mio. Menschen sind europaweit in der Agrar- und Ernährungswirtschaft tätig. Diese Arbeitsplätze finden sich überwiegend im ländlichen Raum und sind dort ein wesentlicher Eckpfeiler der Wirtschaft. „Diese Zahlen sprechen für sich. Es ist daher an der Zeit, den Agrarexport aus Deutschland – wie in unseren Nachbarländern Frankreich, Niederlande, Dänemark – auf eine Stufe mit Wirtschaftssektoren wie Automobil, Chemie und Maschinenbau zu stellen“, fordert Nüssel.

Nach wie vor ist Deutschland Nettoimporteur von Agrarrohstoffen und Lebensmitteln. Die Erschließung neuer Märkte hat aus Sicht der genossenschaftlich organisierten Unternehmen höchste Priorität. Dabei kommt dem Abbau tarifärer und vor allem nichttarifärer Handelshemmnisse große Bedeutung zu. Abkommen der Europäischen Union (EU) mit Drittländern können dazu einen maßgeblichen Beitrag leisten. Deshalb begrüßt Nüssel die Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen. Auf dem kaufkräftigen US-Markt bestehen für deutsche und europäische Lebensmittel gute Absatzchancen. Andererseits sind die USA ein wichtiger Lieferant von Rohstoffen für die europäische Agrarwirtschaft, vor allem im Futtermittelsektor. „Das angestrebte Freihandelsabkommen TTIP kann daher ein Meilenstein sein, um die Handelsbeziehungen in der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft zum beiderseitigen Nutzen zu intensivieren“, betont der Raiffeisen-Präsident.

DBV begrüßt Beibehaltung der Hofabgaberegulung

Der Deutsche Bauernverband begrüßt die Beibehaltung der Hofabgaberegulung in der Alterssicherung der Landwirte und steht einer Anpassung grundsätzlich offen gegenüber. Das geht aus einer Erklärung des DBV-Präsidiums hervor, die zu den Vorschlägen der Koalitionsparteien im Deutschen Bundestag zur neuerlichen Modifizierung der Hofabgaberegulung Stellung nimmt. Demnach ist die vorgesehene Erhöhung des sogenannten Rückbehalts vertretbar, solange die Hofabgaberegulung im Grundsatz bestehen bleibt. Nach Ansicht des DBV ist auch die vorgeschlagene Übernahme der Regelung aus der gesetzlichen Rentenversicherung, Zuschläge bei späterem Rentenbezug zu zahlen, systemgerecht. Ebenso befürwortet wird eine Stärkung der eigenständigen Rentenrechte der Ehegatten, bei der der Rentenbezug des einen Ehegatten nicht mehr davon abhängig ist, ob der andere Ehegatte

den Betrieb abgegeben hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Möglichkeiten der Abgabe des Betriebes an den Ehegatten - wenn der abgebende Landwirt teilweise erwerbsgemindert nach den Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung ist – unterstützt und begrüßt der DBV.

Die Vorschläge der Regierungsparteien sollten nach Ansicht des DBV nunmehr zügig umgesetzt werden. Der Bauernverband macht darauf aufmerksam, dass die neu gestaltete Hofabgaberegulierung auf jeden Fall eine intensive Beratung der Praxis verlangt, damit den Bauernfamilien keine steuerlichen und sozialrechtlichen Nachteile entstehen.

Die Erklärung im Wortlaut unter www.bauernverband.de/hofabgaberegulierungdbt2015.

Gartenbautag 2015 vom 3. bis 5. September

Der Gartenbautag 2015 des Zentralverbandes Gartenbau findet vom 3. bis 5. September 2015 unter dem Motto „Gartenbau – natürlich gesund“ in Potsdam und auf der BUGA-Bühne auf dem Marienberg in Brandenburg statt. Die öffentliche Mitgliederversammlung findet am 4. September 2015 in Potsdam statt. Das Motto der Veranstaltung lautet „Gesunde Ernährung“. Dazu spricht Gitta Connemann, MdB, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Gestaltungsspielraum der Politik, über das Risiko einer gesunden Ernährung berichtet der Vizepräsident des Bundesinstitutes für Risikobewertung Prof. Dr. Reiner Wittkowski. Der Geschäftsführer der deutschen Gesellschaft für Ernährung, Dr. Helmut Oberritter, geht auf Trendfood Obst und Gemüse ein, bevor abschließend der Journalist des Focus-Magazins Michael Miersch die Angst vorm Essen beleuchtet. Im Anschluss an die öffentliche Mitgliederversammlung in Potsdam geht es zur Festveranstaltung nach Brandenburg auf die BUGA-Bühne.

Weitere Informationen stehen auf der Internetseite des Zentralverbandes Gartenbau unter <http://www.g-net.de/> zur Verfügung.